

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 6 (1926-1927)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Eindrücke von einer neuen Russlandreise  
**Autor:** Zienau, Oswald  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-329445>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

fung der Spesen in der jährlichen Betriebsrechnung ein gesundes Verhältnis zwischen Umsatz und Kosten des Betriebes hergestellt worden ist. Damit ist freilich erst die Grundlage für eine künftige gedeihliche Entwicklung der Genossenschaft geschaffen. Damit diese wirklich erfolge und auch von Dauer sei, muß mit allen möglichen Mitteln eine Steigerung des Umsatzes des L. B. Z. herbeigeführt werden. Hier hat vor allem die Arbeiterschaft von Zürich und Umgebung eine große Aufgabe zu erfüllen.

---

## **Eindrücke von einer neuen Rußlandreise.**

Von Oswald Zienau, Berlin.

Eine besondere Gelegenheit führte mich nach einer knapp jährlichen Unterbrechung wiederum für längere Zeit zu einer ausgedehnten Studienreise in die Sowjetunion. Aber nicht nur von diesen meinen neuen und selbstverständlich zu Vergleichen sehr anreizenden Reiseeindrücken soll hier gesprochen werden, sondern es soll versucht werden, diese Reiseeindrücke in Verbindung mit der Benutzung verschiedenster Materialquellen zu einem Entwicklungsbilde des Sowjetstaates zu verarbeiten, um so zu einer möglichst einheitlichen und objektiven Darstellung zu gelangen.

Der erste unmittelbare Eindruck in Leningrad und Moskau war, daß die äußeren Lebensbedingungen nicht leichter, eher schwerer geworden waren; dagegen ließen sich im Wirtschaftsbilde dieser Städte unschwer Anzeichen finden, die für die weitere Fortentwicklung der Kommunen, vieler Industriezweige und noch anderer volkswirtschaftlicher Faktoren sprachen. Selbstverständlich: die lebensoffenen Erscheinungen allein dürfen das Urteil eines verantwortungsbewußten Beobachters nicht bestimmen; denn eine rein äußerliche Erscheinung als solche, losgelöst aus dem Rahmen der Gesamtumstände, wird niemals zutreffend eine Situation insgesamt vermitteln können. Weshalb das Negative in der sowjetrussischen Entwicklung des letzten Jahres, der äußere Mensch und seine nicht verbesserte materielle Lage, und das Positive, eine starke Bautätigkeit in den Städten, das Emporwachsen neuer Industriezweige und die Errichtung respektabler industrieller Großanlagen usw., nicht gegenseitlich zu werten sind; zwischen bemerkenswertem Negativ und Positiv liegen gerade in den Entwicklungskämpfen des neuen Rußland zu viele der Problemfragen einer Staats- und Wirtschaftsdogmatik, als daß über diese hinweggegangen werden dürfte bei irgendwelchen ernsthaft wertenden und darstellenden Behandlungen.

Anleugbar stand das Wirtschaftsjahr 1924/25 unter einem günstigen Stern: nach langen Jahren das erste befriedigende Erntergebnis, im Aufbau der Industrie ein Tempo, wie es wohl nur noch selten erreicht werden dürfte. Alle materiellen Vorbedingungen für einen hochfliegenden Optimismus der sowjetischen Wirtschaftstheo-

retiker schienen tatsächlich gegeben, die natürliche Wirtschaftswiderstandskraft schien sich so zu festigen, daß dieser robusten Agrarwirtschaft der formale Ballast des ökonomischen Systems zum mindesten erträglich und tragbar werden würde. Insbesondere der „guten Ernte“, die ja Grundfaktor aller volkswirtschaftlichen Möglichkeiten des Sowjetstaates ist, wurde ein Entwicklungsfortschritt zugeschrieben, wie er beispiellos dastehen sollte: natürlich mit der letzten Tendenz der Verbilligung der allgemeinen Lebenshaltung des Industriearbeiters und einer guten Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaftsführung. Und doch stellte Rykow in der klugen Beabsichtigung der Vorbeugung weiterer Enttäuschungen damals gelegentlich fest, daß trotz solcher günstiger volkswirtschaftlicher Vorbedingungen die Entwicklung zu erträglichen Wirtschaftsverhältnissen ein „Loch“ hatte, womit das Endergebnis so gut wie illusorisch wurde.

Ohne uns in die Einzelheiten der Wirtschaftsprobleme der bolschewistischen ökonomischen Dogmatik verfangen zu wollen, so gab doch das sowjetrussische Wirtschaftsjahr 1924/25 zum ersten Male den offenbaren Beweis, daß die großen Schwächen des sowjetischen Wirtschaftslebens nicht ausschließlich und nicht einmal zum größeren Teile Folgeerscheinungen oder in wirtschaftspraktischen Ursachen zu suchen waren, sondern daß die formale Ueberorganisation und andere Nebenerscheinungen einer Wirtschaftsverwaltung mit ihren vielfachen böserartigen Auswirkungen die Hemmungen einer Wirtschaftsentwicklung und eines Wirtschaftsausgleiches absolut bildeten. Verständlich, daß diese Probleme des bolschewistischen Wirtschaftssystems nicht mit dem Wirtschaftsjahre 1924/25 erledigt werden konnten, sie vielmehr, wenn auch in anderen Formen, auch im Wirtschaftsjahre 1925/26 nach eigenen augenscheinlich gewonnenen Eindrücken sich weiterhin auswirkten; wie sie denn auch bei ihrer Tendenz von grundlegender Bedeutung für die zukünftigen Wirtschaftsgestaltungen im Sowjetbunde sein werden bei gleichbleibenden Voraussetzungen.

Während meines letztjährigen Aufenthaltes in der Sowjetunion gab es genügende und sprechendste Anzeichen dafür, daß das Wirtschaftsbild des Sowjetstaates von einem scharfen Dualismus verzerrt wurde. Auf der einen Seite die Merkmale einer Wirtschaftsdauerkrise, auf der anderen Seite die sichtbarlichen Tatsachen einer großzügigen und planmäßigen Wirtschaftsförderung. Waren Agrarwirtschaft und Staatshandel die in ihrer fortwährenden Auswirkung ungeheuerlichen Erreger der Dauerkrise, so lag der Wirtschaftsfortschritt auf industriell-wirtschaftlichem Gebiet. Die „Smytschka“, die enge Zusammenarbeit von Dorf und Stadt, vor allem aber auch die „Energieökonomie“ mit dem Ziele der Ersparnis von Geld und falsch aufgewendeter Tatkraft, sollten die ungleichen und obendrein auseinandergehenden volkswirtschaftlichen Einzelfaktoren zur ausgeglichenen und die Konsumentenschaft befriedigenden Wirtschaftsfunktion führen.

Die beiden guten Ernten 1924 und 1925 hatten für die bolschewistischen Wirtschaftsführer ein wenig erfreuliches Ergebnis insofern, als daß sie klar erkennen ließen, wie wenig der russische Bauer trotz

allem möglichen Entgegenkommen dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem gewonnen worden ist. Die Realisierung der Getreideernte von 1925 war eine offene Enttäuschung, während die Getreidekampagne im folgenden Jahre von nicht geringen Schwierigkeiten begleitet war. Der russische Bauer, überraschend schnell wirtschaftlich wieder gestärkt und seiner ihm von Freund und Feind oftmals gepredigten Macht nun bewußt geworden, benutzte eben die Gelegenheiten der Getreideaufkaufkampagnen zu einer willkommenen und wirksamen Demonstration. Was die Situation der Staatsorgane auf dem Getreidemarkte im Jahre 1925 sogar noch milderte und im vergangenen erschwerte, waren die lokalen Besonderheiten; so lagen die Getreideüberschußgebiete im Jahre 1925 in ausgesprochen verkehrstechnisch günstigen und abgabefreundlichen Gebieten, während im letzten Jahre diese Verhältnisse weit ungünstigere waren.

Der russische Bauer zeigt mit solchen Demonstrationen vor allem eine starke Abneigung gegen den Staatshandel und zum weiteren seine nicht mindere Abneigung gegen Papiergeld. „Die staatlichen und genossenschaftlichen Getreidebeschaffungsorganisationen traten teilweise in gegenseitige Konkurrenz, der Privathandel trieb die Preise hoch, und die Bauern hielten Getreide in der Erwartung weiterer Preissteigerung zurück“, — so charakterisierte die amtliche Zeitschrift der Berliner Handelsvertretung („Aus der Volkswirtschaft der U. d. S. S. R.“) vollkommen zutreffend die Situation auf dem vorjährigen innerrussischen Getreidemarkte während der Monate des Getreideaufkaufes. Die Politik der Regierung gegenüber dem ablieferungsunlustigen Bauern wurde für die letztjährige Kampagne von langer Hand vorbereitet, aber öffentlich immer nur in sehr wenig besagenden Andeutungen behandelt. Schließlich stellte sich heraus, daß neben der Ausschaltung der oben gekennzeichneten Konkurrenz die Regierung zu dem recht zweischneidigen Mittel der Steuerschraube für den Bauern griff und die unliebsame Privathandelskonkurrenz mit einer plötzlichen allgemeinen radikalen Aenderung der Duldungspolitik gegenüber den „Nep“männern zu ersticken trachtete. In Verfolg dieser Wirtschaftsradikalisierung — der wievielten in den letzten Jahren, ist schon kaum noch festzustellen — wurden vor allem die Frachttarife auf der Eisenbahn und im Schiffsgüterverkehr um 20 bis 100 % erhöht, und das auch selbst für die lebenswichtigen Güter! Für den staatlichen und genossenschaftlichen Handel bleiben die seit längerem schon bestehenden Vergünstigungen eines ausgedehnten Tarifrabattes — bis zu 60 % — auch auf die erhöhten Sätze in Geltung, so daß die Tendenz dieser Maßnahme ganz offensichtlich im dargestellten Sinne liegt.

Ueber den Effekt dieser Radikalisierung ist noch nichts, kann aber auch noch nichts verlautbar geworden sein. Soweit man aber aus ähnlichen Situationen heraus diese Maßnahmen beurteilen kann, muß man an einem endgültigen Erfolg zweifeln. Denn gegen volkswirtschaftliche Grundübel haben auch im Sowjetstaat wirtschaftstheoretische und selbst aufs beste ausgeklügelte Maßnahmen noch nichts

auszurichten vermocht. So haben sich seit der Ablösung des Naturalsteuersystems die steuerlichen Verpflichtungen des russischen Bauern in einem solchen Maße bei minutiöser Klassifizierung entwickelt, daß z. B. ein Kleinbauer ungefähr zwei Monatseinkommen jährlich für Steuerleistungen hergeben muß, während ein reicher Bauer sogar zwischen 30 und 40 % seines jährlichen Einkommens im Steuersäckel verschwinden sieht. Trotz dieser differenzierten Maßnahmen mit der Spitze gegen den „reichen Bauern“ ist dieser selbst als dörfliche Macht nicht geschwächt und sein wirtschaftspolitischer Einfluß absolut nicht geringer geworden, wenn man von genaueren Feststellungen hierzu absehen will. Und nicht viel anders sind die bisherigen „Maßnahmen“ gegenüber dem Privathandel zur Wirkung gekommen. Es hat sich bis in die allerletzte Zeit, die für den staatlichen und noch mehr für den genossenschaftlichen Handel sehr reformierend war, immer noch erwiesen, daß der Privathandel eine starke Konkurrenz bedeutete und teilweise den so wichtigen Getreidemarkt beherrschte. Alle diese tatsächlichen Erscheinungen geben der Gründe genug, bei so schwierigen innerwirtschaftlichen Konstellationen auch den neuerlichsten Maßnahmen nicht zu optimistisch zu vertrauen.

Es steht außer jedem Zweifel, daß für industrielle Erzeugnisse insbesondere bei der bäuerlichen Bevölkerung ein wahrer Bedarfs- hunger vorhanden ist; wenn für nichts weiter, so müßte die industrielle Produktion buchstäblich unbesehen der Qualität restlos aufgesogen werden. Ab Anfang des Wirtschaftsjahres 1924/25 setzte sprunghaft eine industriell-wirtschaftliche Entwicklung ein, die z. B. die Gesamtproduktion von 49 % der Vorkriegsproduktion im Wirtschaftsjahre 1923/24 auf 72 % im Wirtschaftsjahre 1924/25 und ungefähr bis zu 95 % für 1925/26 heraufsetzte. Weit über das Angebot hinausgehend, ist Nachfrage nach dieser Produktion da; und doch konnte ich während meines Rußlandaufenthaltes im vergangenen Jahre die Tatsache feststellen, daß selbst für die bäuerlichen Wirtschaften sehr lebensnotwendige Produkte keinen Absatz finden konnten! Diese eigentümliche Erscheinung Warenhunger und Absatzkrise läßt sich einfach nur erklären mit den gegenüber den erzielten Preisen für Agrarprodukte unverhältnismäßig hohen Preisen für Industrieprodukte, wodurch die Unmöglichkeit oder auch Unlust des Kaufes gegeben ist.

Minimales Leistungsvermögen einzelner Industrien, eine zu kostspielige Verwaltung der verstaatlichten Industrien und hohe Soziallasten sind die hauptsächlichsten Quellen der Produktionssteuerung. Der Kampf um die Verminderung dieser Produktionsunkosten ist offensichtlich: durch Vereinfachung der staatsindustriellen Verwaltung, aber weit mehr durch eine erstaunlich umfangreiche Industrialisierung mittelst verschiedenster Maßnahmen versucht man den Preisabbau für Industrieerzeugnisse zu erzwingen. Was den ersteren Versuch betrifft, so erscheint der Erfolg zweifelhaft, da eine radikal sein müßende Verwaltungskostenreduzierung mit einem in seinen Funktionen sehr beeinträchtigten Verwaltungsapparat im Gefolge Gefahren für die Aufrechterhaltung des Staatswirtschaftsprinzips verbindet, die man

auch als durchsichtigste Schattengebilde nicht heraufbeschwören wird. Was aber die Industrialisierung angeht, so sind hier an sich große Erfolge zu verzeichnen, die sich unbedingt einmal in gedachter Hinsicht auswirken werden!

Meine letzte Reise führte mich ausschließlich in Gebiete der Sowjetunion, die ich nachkrieglich erstmals in den Jahren 1924 und 1925 besucht hatte. Nicht selten, daß ich nun wiederum die gleichen Orte und industriell-wirtschaftlichen oder andere Anlagen aufsuchte, aber immer auf mir absolut bekannte Verhältnisse traf. Unter solchen Voraussetzungen kann ich nur die wahrheitsgemäße Feststellung wiedergeben: daß die technische Neugestaltung veralteter Betriebs-einrichtungen, der Aufbau neuer Fabriken, bisweilen größten Produktionsformates, und die Installation neuer Industrien in Verbindung mit der Erschließung modernster Energiequellen in allen Teilen der Union kräftigst forciert wird! An der Wolga, unweit Nischni-Nowgorod, sah ich Großanlagen für eine neue chemische Industrie auf der Basis der letzten wissenschaftlichen Erforschungen; im gleichen Gebiet, bei Balachinsk, ist eine Zellulose-Papierfabrik im Entstehen begriffen, die nach ihrer Fertigstellung im Jahre 1930 eine Leistungsfähigkeit von 3 Millionen Pud Zeitungspapier, 2,7 Millionen Pud Holzmasse und 150,000 Pud Packpapier haben soll; abgesehen von den Großwasserkraftwerken am Wolchow, Dnjepr und der Kura, wird die Elektrifizierung auch in volkswirtschaftlich wenig entwickelte Nationalrepubliken getragen, was aus dem Bau einer Elektrizitätszentrale auf Wasserkraftbasis in der autonomen Sowjetrepublik Adscharien am Schwarzen Meere, unweit der russisch-türkischen Grenze, beispielsweise ersichtlich wird. So ist denn durchaus glaubhaft, daß die Kapitalinvestierungen für industriell-wirtschaftliche Zwecke im Wirtschaftsjahre 1925/26 an 780 Millionen Rubel betragen haben; daß auf diesem Wege verblieben werden soll, bewies eine Auslassung Rykows in letzter Zeit, der diese Kapitalzuweisungen für 1926/27 in der Höhe von einer Milliarde Rubel bezifferte. Das einzige, was hierbei nicht aus dem Auge verloren werden darf, ist, daß für den Aufbau der Landesindustrie nach modernen technischen Produktionsprinzipien und im Umfange entsprechend der Befriedigung des Eigenbedarfes noch weitere und nicht wenige Milliarden an Rubeln investiert werden müssen. So ist denn diese Bewegung bei allen anerkannten respektablen Leistungen noch eine anfängliche, weshalb fürs nächste nicht mit dem Verschwinden der in ihren Verschiedenheiten eingehender dargestellten Schwierigkeiten des volkswirtschaftlichen Lebens der Sowjetunion zu rechnen ist.

Die innerpolitische Situation des Sowjetstaates ist gekennzeichnet mit der Oppositionsbewegung in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (K. P. d. S. U.); als Hintergrund hat dieser heftige Meinungskampf die hier behandelten Wirtschaftsschwierigkeiten des Bolschewismus. Es ist bekannt, daß dieser Streit der führenden Köpfe in Partei, Staat und Wirtschaft nicht erst von gestern ist, wie auch nicht unbekannt sein dürfte, in welcher besonderen Formen ein Teil der Oppo-

sition diesen parteilich-staatlichen Machtkampf im letzten Sommer führte. Inzwischen ist die Opposition „liquidiert“ worden, haben die XV. Parteikonferenz der R. P. d. S. U. und die Exekutive der Komintern im Moskauer Kreml getagt, was nur insofern bemerkenswert für die weitere Öffentlichkeit ist, als daß auf diesen bolschewistischen Konferenzen erstmalig die Opposition ausführlich zu Worte gekommen ist. In der veränderten Behandlung der oppositionellen Parteimitglieder — selbst die Anführer der geheimen Konspiration sind auffallend milde behandelt und sogar schon in letzter Zeit zu hochwichtigen Ämtern berufen worden! — ist unbedingt der Beginn neuer innerparteilicher Orientierungen zu erblicken, wenn auch die Mehrheit in stark unterstrichener Absicht eine wirtschaftspolitische Front entgegen den diesbezüglichen Vorschlägen der Opposition eingeschlagen hat (s. die Wirtschaftsradikalisierung). Aber gerade die Art des Aus- und sogar des Fortganges der Oppositionsbewegung läßt von sich aus erkennen, daß man bei der letzten und abwägenden Beurteilung dieser Vorgänge innerhalb der R. P. d. S. U. sich vor Uebertreibungen hüten muß, daß gar nicht daran zu denken ist, daß diese Auseinandersetzungen, so ungewöhnlich scharf sie von beiden Seiten aufgezogen worden sind, irgendwelche schädigenden Konsequenzen für die Zukunft der Partei oder des sowjetischen Staates haben könnten!

Alles in allem genommen ist die Lage des regierenden Bolschewismus sicherlich nicht leicht; denn außer den gekennzeichneten Schwierigkeiten sind ernst zu nehmen die fortlaufend während der letzten Monate ansteigende Preiswelle für die direkten Gegenstände des täglichen Lebensbedarfes und die Unmöglichkeit, die Löhne im gleichen, kaum noch in annäherndem Tempo steigen zu lassen. Scharfe Kritik der Arbeiter richtet sich auch noch gegen Mißstände und Uebergriffe in der Behandlung von seiten der Staatsbetriebsleitungen, wie auch das mehr und mehr mit der Technisierung anwachsende Arbeitstempo, auf das sogar schon aktiver Widerstand von Belegschaften gestoßen ist. — Weiter läßt einen tiefen Einblick zu ein Bericht Molotows zu den letzten Sowjetwahlen: danach geht der Kampf gegen Parteibureaucratie und -autokratie, insbesondere in der ländlichen Verwaltung, so an zwei Jahre. Der „Erfolg“ dieses Kampfes ist, daß die Zunahme der Parteiloseren für staatsgefährlich erklärt worden ist. Gegen 70 % Kommunisten in einer Stadtverwaltung von 1922 sind nunmehr nur noch 47 % zu finden; auf dem Lande, bei aller Bemühung um den „armen Bauern“ und Landarbeiter, ein fortwährendes Zurückdrängen des kommunistischen Einflusses: in den Dorfsowjets zweiter Stufe sitzen nicht mehr als durchschnittlich 4 % Kommunisten!

Aber mehr bewußt wie unbewußt geht der regierende Bolschewismus bei kluger Erkennung und Beachtung aller real gegebenen Möglichkeiten einen Weg, der sich weit entfernt von allen waghalsigen Seitensprüngen eines blutleeren Dogmas hält. Kommt hinzu, daß die Reservoirs an Wirtschaftsenergien und Volkskraft bei einer un-

vorstellbaren Primitivität der Funktionsmöglichkeiten dieser Wirtschaft und der Bedürfnislosigkeit der Volksmassen noch weiterhin erlauben zu schöpfen, ohne hineinzutun. Denn darin liegt das ganze Geheimnis der Fortdauer anscheinend unmöglicher Zustände und des unbegrenzten Optimismus siegbewußter Führerschaft und teilweise auch Massen, daß die unterste Grenze einer Rückentwicklung kaum noch zu erreichen ist und bei allen Schwierigkeiten die Gegenwart trotzdem hell genug ist gegen alle Vergangenheit. Wir in Europa dagegen neigen zu leicht dazu, an die Dinge und Vorgänge in den Sowjetstaaten eigene Maßstäbe zu legen; wir überschätzen oder unterschätzen, wo ureigene Verhältnisse und Bedingungen ihre ebenso ureigenen Entwicklungsgesetze geschaffen haben!

---

## Grundsätzliches zur Automobilhaftpflicht.

Von Dr. Jakob Heußer, Zürich.

In dem im kommenden Monat zur Abstimmung gelangenden Bundesgesetz über den Automobil- und Fahrradverkehr sind es vor allem die Bestimmungen über die Haftpflicht des Automobilhalters, welche den Anlaß zu ausgedehnten Beratungen in der Bundesversammlung gegeben haben und gegen welche sich der Widerstand weiter Kreise der Automobilisten richtet. Die wichtigsten Bestimmungen lauten:

Art. 31. Wenn durch den Betrieb eines Automobils oder bei Hilfsarbeiten, mit denen die besondere Gefahr des Automobilbetriebs verbunden ist, ein Mensch getötet oder körperlich verletzt wird, eine Sache zerstört oder beschädigt wird, so haftet der Halter für den Schaden.

Art. 32. Der Halter wird von der Ersatzpflicht befreit, wenn der Unfall herbeigeführt worden ist durch höhere Gewalt, durch grobes Verschulden des Geschädigten oder durch Verschulden eines Dritten, unter Ausschluß eines Verschuldens des Halters oder der Personen, für die er verantwortlich ist. — Trifft den Geschädigten ein leichtes Verschulden, so wird der Richter die Ersatzpflicht des Halters ermäßigen.

Diese Regelung der Automobilhaftpflicht stellt sich in Gegensatz zu den im Obligationenrecht niedergelegten allgemeinen Bestimmungen über die Schadenersatzpflicht bei unerlaubten Handlungen. Dort wird grundsätzlich immer eine Schadenersatzpflicht an die Voraussetzung des Verschuldens geknüpft, wobei das Opfer, der Geschädigte, das Verschulden des Täters erst noch zu beweisen hat. Angesichts der immer größeren Ausdehnung des Automobilverkehrs, der stets wachsenden Zahl der Unfälle und der Gefahr, daß beim heutigen System der Schaden schließlich am schuldlosen, ökonomisch meist schwächeren Opfer hängen bleibt, hat sich seit langem das Bedürfnis nach einer besonderen Regelung der Haftpflicht gestellt, wie sie jetzt im Bundesgesetz ihren Niederschlag gefunden hat. Die neuen Bestimmungen bieten auch wissenschaftlich großes Interesse. Sie be-